

A24 Jungsozialismus op Kölsch

Gremium: UBDK
Beschlussdatum: 24.01.2026

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern eine Kommunalpolitik, die soziale Gerechtigkeit, Teilhabe
2 und Solidarität ins Zentrum stellt: Von bezahlbarem Wohnen über Bildung,
3 Mobilität und Kultur bis hin zu konsequentem Klimaschutz. Sicherheits-, Sozial-
4 und Gleichstellungspolitik müssen dabei menschenwürdig, strukturell wirksam und
5 unabhängig von Haushaltszwängen gestaltet werden, während soziale Infrastruktur,
6 junge Kultur und Demokratieangebote geschützt und ausgebaut werden. Außerdem
7 fordern wir Klare Kante gegen Faschismus von unseren Ratsabgeordneten und eine
8 paritätische Besetzung von Führungspositionen.

Bezahlbares Wohnen als Voraussetzung für Teilhabe

9
10 Wohnen ist kein Luxus, sondern ein soziales Grundrecht. Gerade für Studierende
11 und Auszubildende entscheidet der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum darüber, ob
12 Ausbildung und Studium in Köln überhaupt möglich sind. Aus jungsozialistischer
13 Sicht reicht es nicht aus, den Wohnungsmarkt lediglich zu regulieren – die Stadt
14 muss selbst aktiv gestalten. Der Ausbau von Wohnheimen für Studierende und
15 Auszubildende ist deshalb zwingend notwendig, um soziale Selektion im Bildungs-
16 und Ausbildungsbereich zu verhindern.

17 Damit Kommunalpolitik handlungsfähig bleibt, braucht es zudem eine verlässliche
18 Finanzierung. Eine starke, gerechte Gewerbesteuer ist kein Standortnachteil,
19 sondern Voraussetzung dafür, dass soziale Infrastruktur, Wohnungsbau und
20 öffentliche Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert werden können.

Sicherheits- und Obdachlosenpolitik sozial statt repressiv

21
22 Jungsozialistische Kommunalpolitik versteht Sicherheit als Ergebnis
23 verlässlicher sozialer Infrastruktur und wirksamer Prävention. Obdachlosigkeit
24 und suchtbedingte Problemlagen sind Ausdruck struktureller sozialer Ungleichheit
25 und dürfen nicht primär ordnungspolitisch behandelt oder kriminalisiert werden.

26 In Stadtteilen mit hoher Aufenthaltsdichte wie dem Neumarkt, dem Ebertplatz, dem
27 Domumfeld oder den Kölner Ringen zeigt sich, dass Verdrängungsmaßnahmen durch
28 Ordnungsdienste oder temporäre Aufenthaltsverbote weder nachhaltig wirken noch

29 zur Entlastung der Situation beitragen. Stattdessen braucht es eine konsequente
30 Stärkung sozialer und gesundheitlicher Hilfesysteme.

31 Dazu gehört insbesondere die dauerhafte Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau
32 bestehender Angebote, wie der Drogenkonsumräume, die einen Beitrag zur
33 Gesundheitsprävention, zur Reduzierung öffentlicher Konsumsituationen und zur
34 Entlastung des öffentlichen Raums leisten. Diese Einrichtungen müssen personell,
35 räumlich und finanziell abgesichert und bei Bedarf ergänzt werden.

36 Ergänzend sind niedrigschwellige Übernachtungs- und Aufenthaltsangebote,
37 aufsuchende Sozialarbeit sowie eine stärkere Verzahnung von Wohnungs-,
38 Gesundheits- und Suchthilfe erforderlich. Langfristig ist der Ausbau von
39 Housing-First-Modellen sowie die konsequente Nutzung kommunaler
40 Steuerungsmöglichkeiten im Wohnungsmarkt notwendig, um Wohnungslosigkeit
41 dauerhaft zu vermeiden.

42 Eine sichere Stadt Köln entsteht nicht durch Verdrängung sozialer Problemlagen,
43 sondern durch koordiniertes Verwaltungshandeln, das soziale Teilhabe ermöglicht,
44 Hilfen frühzeitig zugänglich macht und bestehende erfolgreiche Strukturen
45 stärkt. Sichtbarkeit sozialer Herausforderungen ist dabei kein
46 Sicherheitsdefizit, sondern Voraussetzung für eine wirksame kommunale
47 Sozialpolitik.

48 **Soziale Infrastruktur schützen – gerade in Krisenzeiten**

49 Kürzungen im sozialen Bereich wirken sich nicht gleichmäßig aus, sondern
50 verschärfen bestehende soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Gerade
51 Angebote wie Frauenhäuser, Beratungsstellen bei häuslicher und sexualisierter
52 Gewalt, Demokratie-, Antirassismus- und Gleichstellungsprojekte übernehmen
53 zentrale Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und sind für viele Kölner*innen
54 unverzichtbare Schutz- und Unterstützungsstrukturen.

55 In einer wachsenden Stadt wie Köln, in der steigende Mieten, soziale Verdichtung
56 und zunehmende Gewaltbelastungen insbesondere Frauen, queere Personen und
57 marginalisierte Gruppen treffen, dürfen diese Angebote nicht als „freiwillige
58 Leistungen“ behandelt werden. Frauenhäuser und spezialisierte Beratungsstellen
59 sind häufig ausgelastet; jede Kürzung verschärft bestehende Versorgungslücken
60 und gefährdet konkret den Schutz Betroffener.

61 Auch Demokratie- und Gleichstellungsprojekte leisten in Köln einen wichtigen
62 Beitrag zur Prävention von Gewalt, zur politischen Bildung und zum
63 gesellschaftlichen Zusammenhalt – sei es in Stadtteilen mit besonderen sozialen
64 Herausforderungen oder in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und
65 Diskriminierung. Ihre Wirkung ist langfristig angelegt und nicht kurzfristig
66

haushaltspolitisch kompensierbar.

67 Deshalb müssen diese Angebote dauerhaft, auskömmlich und unabhängig von
68 kurzfristigen Haushaltslagen abgesichert werden. Wer an Frauenhäusern,
69 Gleichstellungsarbeit oder Demokratieprojekten spart, spart nicht effizient,
70 sondern gefährdet Schutz, Teilhabe und die demokratische Stabilität der
71 Stadtgesellschaft.

72 **Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen**

73 Das gegliederte Schulsystem trägt auch in Köln maßgeblich zur Reproduktion
74 sozialer Ungleichheit bei. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt
75 weiterhin stark von der sozialen Herkunft, dem Einkommen und dem Bildungsstand
76 der Eltern ab. Gerade in einer sozial und räumlich stark differenzierten Stadt
77 wie Köln verfestigen sich diese Unterschiede bereits früh im Bildungssystem.

78 Gesamtschulen stehen für längeres gemeinsames Lernen, höhere Durchlässigkeit und
79 bessere Bildungschancen unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Die
80 anhaltend hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen in Köln zeigt deutlich, dass
81 dieses Schulmodell dem Bedarf vieler Familien entspricht. Besonders im
82 rechtsrheinischen Stadtgebiet fehlen jedoch weiterhin ausreichend
83 Gesamtschulplätze, sodass viele Schüler*innen auf andere Schulformen oder lange
84 Schulwege verwiesen werden.

85 Aus jungsozialistischer Sicht muss dieser strukturelle Mangel bei der
86 Schulentwicklungsplanung und beim Bau neuer Schulstandorte in Köln konsequent
87 berücksichtigt werden. Wo neue Schulen entstehen oder bestehende Standorte
88 erweitert werden, ist dem Gesamtschulmodell insbesondere im rechtsrheinischen
89 Köln systematisch der Vorrang zu geben. Schulentwicklungsplanung darf sich nicht
90 an historisch gewachsenen Strukturen orientieren, sondern muss sich an sozialer
91 Gerechtigkeit und tatsächlichen Bedarfen ausrichten.

92 **Mobilität als Frage sozialer Gerechtigkeit**

93 Mobilität ist in Köln eine zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe. Noch
94 immer sind insbesondere die Randbezirke sowie die rechte Rheinseite in ihrer
95 Anbindung an Arbeitsplätze, Bildungsangebote und soziale Infrastruktur
96 benachteiligt. Unzureichende Taktungen, fehlende Direktverbindungen und eine
97 hohe Abhängigkeit vom Individualverkehr verstärken bestehende soziale
98 Ungleichheiten zwischen den Stadtteilen.

99 Jungsozialistische Verkehrspolitik in Köln setzt daher auf einen
100 leistungsfähigen, bezahlbaren und flächendeckenden öffentlichen
101 Personennahverkehr. Der konsequente Ausbau von Bus- und Stadtbahnangeboten –

102 insbesondere in Stadtteilen wie Chorweiler, Rodenkirchen, Porz, Kalk oder
103 Mülheim – ist ebenso notwendig wie die Stärkung von Verbindungen abseits der
104 Innenstadt.

105 Ergänzend braucht Köln eine durchgängige und sichere Radverkehrsinfrastruktur,
106 die auch für Kinder, ältere Menschen und ungeübte Radfahrende nutzbar ist.
107 Derzeit bestehen insbesondere entlang stark befahrener Hauptverkehrsachsen
108 weiterhin erhebliche Sicherheitsdefizite.

109 Verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Tempo 30 sind dabei kein Selbstzweck, sondern
110 ein zentrales Instrument zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Reduzierung
111 von Lärm- und Schadstoffbelastung sowie zur Verbesserung der
112 Aufenthaltsqualität. Straßen wie die Kalker Hauptstraße, die seit Jahren eine
113 hohe Unfallbelastung aufweist und nachweislich als gefährlichste Straße Kölns
114 gilt (Kölner Stadtanzeiger, 2025), zeigen exemplarisch, dass Tempo-
115 Reduzierungen, sichere Querungen und eine Neuaufteilung des Straßenraums
116 dringend notwendig sind. Gerade in dicht bebauten Geschäfts- und Wohnstraßen mit
117 hohem Fuß- und Radverkehr müssen der Schutz von Menschen und nicht die
118 Durchfahrtsgeschwindigkeit im Mittelpunkt stehen.

119 Eine sozial gerechte Verkehrspolitik für Köln stellt nicht den Autoverkehr,
120 sondern die Sicherheit und Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund – und
121 schafft so mehr Teilhabe, Sicherheit und Lebensqualität in allen Stadtteilen.

122 **Klimaschutz darf nicht vertagt werden**

123 Das von der Stadt Köln beschlossene Ziel der Klimaneutralität bis 2035 darf
124 weder relativiert noch zeitlich verschoben werden. Kommunalpolitik trägt eine
125 besondere Verantwortung, dieses Ziel durch verbindliche Maßnahmen, klare
126 Zuständigkeiten und eine auskömmliche Finanzierung zu hinterlegen. Klimaschutz
127 ist dabei keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern zentrale Voraussetzung für
128 Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität in der Stadt.

129 Konkret bedeutet das für Köln unter anderem den konsequenten Ausbau erneuerbarer
130 Energien auf kommunalen Gebäuden, eine sozial gerechte Wärmewende mit gezielten
131 Förderprogrammen für Mieter*innen und einkommensschwache Haushalte sowie eine
132 deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten von ÖPNV,
133 Rad- und Fußverkehr. Gleichzeitig müssen Klimaanpassungsmaßnahmen wie
134 Entsiegelung, Begrünung, Frischluftschneisen und hitzeresiliente
135 Quartiersentwicklung insbesondere in belasteten Stadtteilen priorisiert werden.

136 Sozial gerechter Klimaschutz in Köln bedeutet auch, bestehende Strukturen und
137 Prioritäten zu hinterfragen – etwa bei Flächenverbrauch, Verkehrspolitik oder
138 der Verteilung kommunaler Investitionen. Nur wenn Klimaschutz konsequent,
139

140 verbindlich und sozial ausgewogen umgesetzt wird, kann Köln seiner Verantwortung
141 gerecht werden und die Klimaziele tatsächlich erreichen.

141 **Kultur erhalten und Räume für junge Menschen sichern**

142 Clubs, Jugendkultur und freie Kulturorte sind in Köln zentrale Räume der
143 Begegnung, der politischen Bildung und der kulturellen Vielfalt. Sie prägen das
144 städtische Leben insbesondere für junge Menschen und leisten einen wichtigen
145 Beitrag zu Teilhabe, Integration und demokratischer Stadtgesellschaft. Orte wie
146 freie Initiativen, soziokulturelle Zentren und Clubstandorte sind dabei weit
147 mehr als Freizeitangebote, sie sind soziale Infrastruktur.

148 Das fortschreitende Club- und Kulturstättensterben in Köln ist Ausdruck einer
149 Stadtentwicklung, die Flächen- und Verwertungsinteressen zunehmend über
150 kulturelle Bedürfnisse stellt. Steigende Mieten, kurzfristige Nutzungsverträge,
151 Lärmschutzkonflikte und fehlende Planungssicherheit gefährden insbesondere
152 nichtkommerzielle und junge Kulturangebote. Entwicklungen in Stadtteilen wie
153 Ehrenfeld, Mülheim oder der Innenstadt zeigen, dass kulturelle Räume häufig
154 verdrängt werden, sobald Quartiere aufgewertet werden.

155 Aus jungsozialistischer Sicht muss die Kölner Kulturpolitik dem mit
156 verbindlichen strukturellen Maßnahmen begegnen. Dazu gehören die
157 planungsrechtliche Sicherung von Club- und Kulturstandorten, langfristige Miet-
158 und Nutzungsperspektiven, sowie eine verlässliche finanzielle Förderung freier
159 Träger. Ebenso notwendig ist die aktive Einbindung junger Menschen in
160 kulturpolitische Entscheidungsprozesse, etwa durch Beteiligungsformate,
161 transparente Förderstrukturen und jugendgerechte Zugänge zu Räumen.

162 **Klare Kante gegen Rechts**

163 Eine Zusammenarbeit mit der AfD widerspricht fundamental den
164 sozialdemokratischen und jungsozialistischen Grundwerten. Dies gilt ausdrücklich
165 auch für Formen der indirekten Kooperation, etwa durch Mehrheitsbeschaffung,
166 gemeinsame Abstimmungen oder das bewusste Inkaufnehmen von AfD-Stimmen in Rat,
167 Ausschüssen oder Bezirksvertretungen.

168 Gerade auf kommunaler Ebene trägt die Politik eine besondere Verantwortung für
169 das Funktionieren demokratischer Institutionen und den gesellschaftlichen
170 Zusammenhalt in einer vielfältigen Stadtgesellschaft. Die AfD steht für eine
171 Politik der Ausgrenzung, der sozialen Spaltung und der Relativierung
172 demokratischer Grundprinzipien – Positionen, die mit den Zielen einer
173 solidarischen, offenen und antirassistischen Stadt Köln unvereinbar sind.

174 Eine klare und nachvollziehbare Abgrenzung im Rats- und Ausschussalltag ist

175 daher unerlässlich. Demokratische Mehrheiten in Köln müssen ohne die AfD
176 organisiert werden.

177 Für jungsozialistische Kommunalpolitik in Köln bedeutet dies, klare Haltung zu
178 zeigen, Verantwortung für die demokratische Kultur zu übernehmen und jede Form
179 der Normalisierung rechter Politik konsequent zurückzuweisen.

180 **Gleichstellung strukturell umsetzen**

181 Gleichstellung ist in Köln keine Symbolpolitik, sondern eine Frage von Macht,
182 Repräsentation und struktureller Gerechtigkeit. Die Zusammensetzung der
183 Verwaltungsspitze prägt maßgeblich politische Prioritäten, Entscheidungsprozesse
184 und Verwaltungskultur – und damit die konkrete Lebensrealität der Kölner*innen.

185 Da in den kommenden Jahren sämtliche Dezernatsposten der Stadt Köln neu besetzt
186 werden, ergibt sich eine besondere kommunalpolitische Verantwortung. Dieser
187 Prozess muss konsequent genutzt werden, um Geschlechtergerechtigkeit in der
188 Führungsebene der Stadtverwaltung strukturell zu verankern. Die bisherige
189 Unterrepräsentanz von Frauen in Dezernaten ist kein individuelles, sondern ein
190 systemisches Problem und darf nicht fortgeschrieben werden.

191 Aus jungsozialistischer Sicht muss die paritätische Besetzung der
192 Dezernatsposten zum verbindlichen Maßstab kommunaler Personalpolitik in Köln
193 werden. Dies erfordert transparente Auswahlverfahren, klar definierte
194 Gleichstellungsziele sowie die konsequente Berücksichtigung
195 gleichstellungspolitischer Kriterien bei der Besetzung von Spitzenpositionen.

196 Eine Verwaltungsspitze, die die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegelt,
197 stärkt nicht nur die Gleichstellung, sondern auch die demokratische Legitimation
198 und Leistungsfähigkeit der Kölner Stadtverwaltung. Parität ist damit kein
199 freiwilliges Ziel, sondern Ausdruck moderner, verantwortungsvoller
200 Kommunalpolitik.

201 Quellen:

202 [https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-](https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038)
203 [gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038](https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038)[https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-](https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038)
204 [hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038](https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038)